

**Am 2. Oktober, dem Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, lehnte eine Mehrheit im Bundestag einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« (Drucksache 18/1644) ab. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten gegen den Antrag, die Grünen enthielten sich. So wird die bestehende Rentenungleichheit fortgeschrieben. Eine Chance, im Prozess der deutschen Einheit einen Schritt voranzukommen, wurde vertan.**

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollten beispielsweise Überführungslücken geschlossen werden, die entstanden, weil DDR-Regelungen nach der Wende ignoriert wurden. Betroffen sind Menschen, die Angehörige gepflegt oder freiwillige Beiträge geleistet haben. Ebenso betroffen sind in der DDR geschiedene Frauen, u.a. Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Auch sollte mit diesem Antrag das Problem behoben werden, dass Ansprüche auf zusätzliche Versorgung mittlerweile ganz oder teilweise gestrichen wurden. Das betrifft unter anderem Versorgungsansprüche von Lehrerinnen und Lehrern, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Beschäftigten bei Bahn und Post.

Hinzu kommt, dass die Wende von 1989/90 bei vielen Menschen im Osten einen Bruch der Erwerbsbiografie bewirkte: Zeiten von Arbeitslosigkeit, Umschulung und neuen Jobs wechselten sich ab. Für viele ist deshalb ohnehin Altersarmut programmiert.

**Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion DIE LINKE die bisherige Entwertung der Ostrenten beenden, Lebensbiografien in der DDR anerkennen und Altersarmut entgegenwirken. CDU/CSU, SPD und Grüne sahen jedoch auch im 25. Jahr der Deutschen Einheit keinen Handlungsbedarf.**

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de/ostrente](http://www.linksfraktion.de/ostrente)

**DIE LINKE.**  
 I M B U N D E S T A G

# Altersarmut im Osten bleibt

So haben die Abgeordneten aus Berlin am 2. Oktober 2015 über den Antrag gestimmt, in dem DIE LINKE die Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei Ostrenten fordert:

Dr. GYSI, Gregor – DIE LINKE	JA
LIEBICH, Stefan – DIE LINKE	JA
Dr. LÖTZSCH, Gesine – DIE LINKE	JA
PAU, Petra – DIE LINKE	JA
TANK, Azize – DIE LINKE	JA
WAWZYNIAK, Halina – DIE LINKE	JA
KÜNAST, Renate – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
MUTLU, Özcan – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
PAUS, Lisa – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
STRÖBELE, Christian – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
GRÖHLER, Klaus-Dieter – CDU	NEIN
GRÜTTERS, Monika – CDU	Nicht abgegeben
Dr. LENGSELD, Philipp – CDU	NEIN
Dr. LUCZAK, Jan-Marco – CDU	NEIN
Dr. PÄTZOLD, Martin – CDU	NEIN
SCHWARZER, Christina – CDU	NEIN
Dr. STEFFEL, Frank – CDU	Nicht abgegeben
WEGNER, Kai – CDU	NEIN
WELLMANN, Karl-Georg – CDU	NEIN
Dr. FELGENTREU, Fritz – SPD	NEIN
Dr. FINCKH-KRÄMER, Ute – SPD	NEIN
Dr. HÖGL, Eva – SPD	NEIN
KIZILTEPE, Cansel – SPD	Nicht abgegeben
MINDRUP, Klaus – SPD	NEIN
RAWERT, Mechthild – SPD	Nicht abgegeben
SCHMIDT, Matthias – SPD	Nicht abgegeben
SCHULZ, Swen – SPD	NEIN

**Am 2. Oktober, dem Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, lehnte eine Mehrheit im Bundestag einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« (Drucksache 18/1644) ab. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten gegen den Antrag, die Grünen enthielten sich. So wird die bestehende Rentenungleichheit fortgeschrieben. Eine Chance, im Prozess der deutschen Einheit einen Schritt voranzukommen, wurde vertan.**

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollten beispielsweise Überführungslücken geschlossen werden, die entstanden, weil DDR-Regelungen nach der Wende ignoriert wurden. Betroffen sind Menschen, die Angehörige gepflegt oder freiwillige Beiträge geleistet haben. Ebenso betroffen sind in der DDR geschiedene Frauen, u.a. Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Auch sollte mit diesem Antrag das Problem behoben werden, dass Ansprüche auf zusätzliche Versorgung mittlerweile ganz oder teilweise gestrichen wurden. Das betrifft unter anderem Versorgungsansprüche von Lehrerinnen und Lehrern, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Beschäftigten bei Bahn und Post.

Hinzu kommt, dass die Wende von 1989/90 bei vielen Menschen im Osten einen Bruch der Erwerbsbiografie bewirkte: Zeiten von Arbeitslosigkeit, Umschulung und neuen Jobs wechselten sich ab. Für viele ist deshalb ohnehin Altersarmut programmiert.

**Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion DIE LINKE die bisherige Entwertung der Ostrenten beenden, Lebensbiografien in der DDR anerkennen und Altersarmut entgegenwirken. CDU/CSU, SPD und Grüne sahen jedoch auch im 25. Jahr der Deutschen Einheit keinen Handlungsbedarf.**

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de/ostrente](http://www.linksfraktion.de/ostrente)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Altersarmut im Osten bleibt

So haben die Abgeordneten aus Sachsen am 2. Oktober 2015 über den Antrag gestimmt, in dem DIE LINKE die Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei Ostrenten fordert:

Dr. HAHN, André – DIE LINKE	JA
KARAWANSKIJ, Susanna – DIE LINKE	Nicht abgegeben
KIPPING, Katja – DIE LINKE	Nicht abgegeben
LAY, Caren – DIE LINKE	Nicht abgegeben
LEUTERT, Michael – DIE LINKE	Nicht abgegeben
Dr. TROOST, Axel – DIE LINKE	Nicht abgegeben
WUNDERLICH, Jörn – DIE LINKE	JA
ZIMMERMANN, Sabine – DIE LINKE	JA
KÜHN, Stephan – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
LAZAR, Monika – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
BAUMANN, Günter – CDU	NEIN
BELLMANN, Veronika – CDU	Nicht abgegeben
BRÄHMIG, Klaus – CDU	Nicht abgegeben
Dr. FEIST, Thomas – CDU	NEIN
HEINRICH, Frank – CDU	NEIN
HOCHBAUM, Robert – CDU	NEIN
KÖRBER, Carsten – CDU	NEIN
KRETSCHMER, Michael – CDU	NEIN
KUDLA, Bettina – CDU	NEIN
LÄMMEL, Andreas G. – CDU	NEIN
LANDGRAF, Katharina – CDU	NEIN
MAGWAS, Yvonne – CDU	Nicht abgegeben
Dr. de MAIZIÈRE, Thomas – CDU	Nicht abgegeben
MICHALK, Maria – CDU	Nicht abgegeben
VAATZ, Arnold – CDU	NEIN
WANDERWITZ, Marco – CDU	Nicht abgegeben
WENDT, Marian – CDU	NEIN
GUNKEL, Wolfgang – SPD	NEIN
JURK, Thomas – SPD	NEIN
KOLBE, Daniela – SPD	Nicht abgegeben
MÜLLER, Detlef – SPD	NEIN
Dr. RAATZ, Simone – SPD	Nicht abgegeben
RÜTHRICH, Susann – SPD	Nicht abgegeben

**Am 2. Oktober, dem Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, lehnte eine Mehrheit im Bundestag einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« (Drucksache 18/1644) ab. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten gegen den Antrag, die Grünen enthielten sich. So wird die bestehende Rentenungleichheit fortgeschrieben. Eine Chance, im Prozess der deutschen Einheit einen Schritt voranzukommen, wurde vertan.**

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollten beispielsweise Überführungslücken geschlossen werden, die entstanden, weil DDR-Regelungen nach der Wende ignoriert wurden. Betroffen sind Menschen, die Angehörige gepflegt oder freiwillige Beiträge geleistet haben. Ebenso betroffen sind in der DDR geschiedene Frauen, u.a. Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Auch sollte mit diesem Antrag das Problem behoben werden, dass Ansprüche auf zusätzliche Versorgung mittlerweile ganz oder teilweise gestrichen wurden. Das betrifft unter anderem Versorgungsansprüche von Lehrerinnen und Lehrern, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Beschäftigten bei Bahn und Post.

Hinzu kommt, dass die Wende von 1989/90 bei vielen Menschen im Osten einen Bruch der Erwerbsbiografie bewirkte: Zeiten von Arbeitslosigkeit, Umschulung und neuen Jobs wechselten sich ab. Für viele ist deshalb ohnehin Altersarmut programmiert.

**Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion DIE LINKE die bisherige Entwertung der Ostrenten beenden, Lebensbiografien in der DDR anerkennen und Altersarmut entgegenwirken. CDU/CSU, SPD und Grüne sahen jedoch auch im 25. Jahr der Deutschen Einheit keinen Handlungsbedarf.**

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de/ostrente](http://www.linksfraktion.de/ostrente)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Altersarmut im Osten bleibt

So haben die Abgeordneten aus Brandenburg am 2. Oktober 2015 über den Antrag gestimmt, in dem DIE LINKE die Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei Ostrenten fordert:

MÜLLER, Norbert – DIE LINKE	JA
NORD, Thomas – DIE LINKE	JA
PETZOLD, Harald – DIE LINKE	Nicht abgegeben
Dr. TACKMANN, Kirsten – DIE LINKE	JA
WÖLLERT, Birgit – DIE LINKE	JA
BAERBOCK, Annalena – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
FEILER, Uwe – CDU	Nicht abgegeben
KOEPPEN, Jens – CDU	NEIN
von der MARWITZ, Hans-Georg – CDU	NEIN
PATZELT, Martin – CDU	NEIN
SCHIMKE, Jana – CDU	NEIN
Dr. SCHULZE, Klaus-Peter – CDU	NEIN
STEINEKE, Sebastian – CDU	NEIN
STÜBGEN, Michael – CDU	NEIN
FREESE, Ulrich – SPD	NEIN
Dr. STEINMEIER, Frank-Walter – SPD	Nicht abgegeben
WICKLEIN, Andrea – SPD	Nicht abgegeben
ZIEGLER, Dagmar – SPD	NEIN
ZIERKE, Stefan – SPD	NEIN

**Am 2. Oktober, dem Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, lehnte eine Mehrheit im Bundestag einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« (Drucksache 18/1644) ab. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten gegen den Antrag, die Grünen enthielten sich. So wird die bestehende Rentenungleichheit fortgeschrieben. Eine Chance, im Prozess der deutschen Einheit einen Schritt voranzukommen, wurde vertan.**

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollten beispielsweise Überführungslücken geschlossen werden, die entstanden, weil DDR-Regelungen nach der Wende ignoriert wurden. Betroffen sind Menschen, die Angehörige gepflegt oder freiwillige Beiträge geleistet haben. Ebenso betroffen sind in der DDR geschiedene Frauen, u.a. Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Auch sollte mit diesem Antrag das Problem behoben werden, dass Ansprüche auf zusätzliche Versorgung mittlerweile ganz oder teilweise gestrichen wurden. Das betrifft unter anderem Versorgungsansprüche von Lehrerinnen und Lehrern, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Beschäftigten bei Bahn und Post.

Hinzu kommt, dass die Wende von 1989/90 bei vielen Menschen im Osten einen Bruch der Erwerbsbiografie bewirkte: Zeiten von Arbeitslosigkeit, Umschulung und neuen Jobs wechselten sich ab. Für viele ist deshalb ohnehin Altersarmut programmiert.

**Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion DIE LINKE die bisherige Entwertung der Ostrenten beenden, Lebensbiografien in der DDR anerkennen und Altersarmut entgegenwirken. CDU/CSU, SPD und Grüne sahen jedoch auch im 25. Jahr der Deutschen Einheit keinen Handlungsbedarf.**

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de/ostrente](http://www.linksfraktion.de/ostrente)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Altersarmut im Osten bleibt

So haben die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt am 2. Oktober 2015 über den Antrag gestimmt, in dem DIE LINKE die Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei Ostrenten fordert:

CLAUS, Roland – DIE LINKE	JA
Dr. HEIN, Rosemarie – DIE LINKE	JA
KORTE, Jan – DIE LINKE	JA
KUNERT, Katrin – DIE LINKE	JA
Dr. SITTE, Petra – DIE LINKE	JA
LEMKE, Steffi – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
BEHRENS, Manfred – CDU	NEIN
Dr. BERGNER, Christoph – CDU	NEIN
BREHMER, Heike – CDU	NEIN
HELLER, Uda – CDU	NEIN
HELLMUTH, Jörg – CDU	NEIN
PETZOLD, Ulrich – CDU	NEIN
SORGE, Tino – CDU	NEIN
STIER, Dieter – CDU	NEIN
de VRIES, Kees – CDU	Nicht abgegeben
Dr. DIABY, Karamba – SPD	NEIN
KERMER, Marina – SPD	NEIN
LISCHKA, Burkhard – SPD	NEIN
WOLFF, Waltraud – SPD	NEIN

**Am 2. Oktober, dem Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, lehnte eine Mehrheit im Bundestag einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« (Drucksache 18/1644) ab. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten gegen den Antrag, die Grünen enthielten sich. So wird die bestehende Rentenungleichheit fortgeschrieben. Eine Chance, im Prozess der deutschen Einheit einen Schritt voranzukommen, wurde vertan.**

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollten beispielsweise Überführungslücken geschlossen werden, die entstanden, weil DDR-Regelungen nach der Wende ignoriert wurden. Betroffen sind Menschen, die Angehörige gepflegt oder freiwillige Beiträge geleistet haben. Ebenso betroffen sind in der DDR geschiedene Frauen, u.a. Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Auch sollte mit diesem Antrag das Problem behoben werden, dass Ansprüche auf zusätzliche Versorgung mittlerweile ganz oder teilweise gestrichen wurden. Das betrifft unter anderem Versorgungsansprüche von Lehrerinnen und Lehrern, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Beschäftigten bei Bahn und Post.

Hinzu kommt, dass die Wende von 1989/90 bei vielen Menschen im Osten einen Bruch der Erwerbsbiografie bewirkte: Zeiten von Arbeitslosigkeit, Umschulung und neuen Jobs wechselten sich ab. Für viele ist deshalb ohnehin Altersarmut programmiert.

**Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion DIE LINKE die bisherige Entwertung der Ostrenten beenden, Lebensbiografien in der DDR anerkennen und Altersarmut entgegenwirken. CDU/CSU, SPD und Grüne sahen jedoch auch im 25. Jahr der Deutschen Einheit keinen Handlungsbedarf.**

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de/ostrente](http://www.linksfraktion.de/ostrente)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Altersarmut im Osten bleibt

So haben die Abgeordneten aus Thüringen am 2. Oktober 2015 über den Antrag gestimmt, in dem DIE LINKE die Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei Ostrenten fordert:

HUPACH, Sigrid – DIE LINKE	JA
LENKERT, Ralph – DIE LINKE	Nicht abgegeben
RENNER, Martina – DIE LINKE	JA
STEINKE, Kersten – DIE LINKE	Nicht abgegeben
TEMPEL, Frank – DIE LINKE	JA
GÖRING-ECKARDT, Katrin – B90/DIE GRÜNEN	Nicht abgegeben
GRUND, Manfred – CDU	NEIN
HAUPTMANN, Mark – CDU	NEIN
HIRTE, Christian – CDU	Nicht abgegeben
SCHIPANSKI, Tankred – CDU	NEIN
SELLE, Johannes – CDU	NEIN
STAUCHE, Carola – CDU	NEIN
TILLMANN, Antje – CDU	NEIN
VOGEL, Volkmar – CDU	NEIN
WEILER, Albert – CDU	NEIN
GLEICKE, Iris – SPD	NEIN
LEMME, Steffen-Claudio – SPD	Nicht abgegeben
SCHNEIDER, Carsten – SPD	NEIN

**Am 2. Oktober, dem Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, lehnte eine Mehrheit im Bundestag einen Antrag der Fraktion DIE LINKE: »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« (Drucksache 18/1644) ab. Die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD stimmten gegen den Antrag, die Grünen enthielten sich. So wird die bestehende Rentenungleichheit fortgeschrieben. Eine Chance, im Prozess der deutschen Einheit einen Schritt voranzukommen, wurde vertan.**

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE sollten beispielsweise Überführungslücken geschlossen werden, die entstanden, weil DDR-Regelungen nach der Wende ignoriert wurden. Betroffen sind Menschen, die Angehörige gepflegt oder freiwillige Beiträge geleistet haben. Ebenso betroffen sind in der DDR geschiedene Frauen, u.a. Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Braunkohleveredlung. Auch sollte mit diesem Antrag das Problem behoben werden, dass Ansprüche auf zusätzliche Versorgung mittlerweile ganz oder teilweise gestrichen wurden. Das betrifft unter anderem Versorgungsansprüche von Lehrerinnen und Lehrern, Ärztinnen und Ärzten, Ingenieurinnen und Ingenieuren und Beschäftigten bei Bahn und Post.

Hinzu kommt, dass die Wende von 1989/90 bei vielen Menschen im Osten einen Bruch der Erwerbsbiografie bewirkte: Zeiten von Arbeitslosigkeit, Umschulung und neuen Jobs wechselten sich ab. Für viele ist deshalb ohnehin Altersarmut programmiert.

**Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion DIE LINKE die bisherige Entwertung der Ostrenten beenden, Lebensbiografien in der DDR anerkennen und Altersarmut entgegenwirken. CDU/CSU, SPD und Grüne sahen jedoch auch im 25. Jahr der Deutschen Einheit keinen Handlungsbedarf.**

Weitere Informationen:  
[www.linksfraktion.de/ostrente](http://www.linksfraktion.de/ostrente)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Altersarmut im Osten bleibt

So haben die Abgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern am 2. Oktober 2015 über den Antrag gestimmt, in dem DIE LINKE die Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei Ostrenten fordert:

Dr. BARTSCH, Dietmar – DIE LINKE	JA
BLUHM, Heidrun – DIE LINKE	JA
KASSNER, Kerstin – DIE LINKE	JA
Dr. TERPE, Harald – B90/DIE GRÜNEN	Enthaltung
LIETZ, Matthias – CDU	NEIN
Dr. MERKEL, Angela – CDU	Nicht abgegeben
MONSTADT, Dietrich – CDU	NEIN
REHBERG, Eckhardt – CDU	NEIN
STEIN, Peter – CDU	NEIN
STRENZ, Karin – CDU	Nicht abgegeben
JUNGE, Frank – SPD	NEIN
PFLUGRADT, Jeannine – SPD	Nicht abgegeben
STEFFEN, Sonja – SPD	NEIN